

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint alle 14 Tage.

Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 M.-M. Kart.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Dr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inhaltspreis

Geschäftsanzeigen: die sechsgespaltene Nonpareillezeile 40 Goldpfennig.
Gratulationen d. Zeile 30 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 20 Goldpf.

Die Gewerkschaften zur Reichstagswahl.

Der Reichstag, den das deutsche Volk vor vier Jahren gewählt hätte, ist aufgelöst worden. Die seitdem verfloßenen Jahre haben nur wenig Gutes gebracht, und wie damals, so liegt auch heute noch die Zukunft dunkel vor uns. Feindlicher Druck hat sich auf unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet gelegt und damit die deutsche Wirtschaft an ihrem Lebensnerv getroffen. Und während Siegesübermut in Gemeinschaft mit Separatisten ganze Gebietsteile von Deutschland loszureißen droht, erhob im Osten, Norden und Süden der Aufruhr sein Haupt, um das republikanische Deutschland zu stürzen und die Militärmonarchie der Vorkriegszeit wieder einzuführen. Bayerns Regierung machte sich zur Stütze dieser hochverräterischen Umtriebe, bis sie selber fürchten mußte, hinweggerissen zu werden, und den Aufruhr unterdrückte. Fast täglich erscheinen dagegen die kommunistischen Versuche zur Erneuerung revolutionärer Erhebungen in Mitteldeutschland und Hamburg, denen die Reichsregierung mit dem ganzen Schwergewicht der Diktatur entgegengetreten ist, während sie den nationalistischen Hochverrättern gegenüber versagte. In diesem Chaos außenpolitischer Vergewaltigung und innerer Herrissenheit, wirtschaftlichen Verfalls und sozialpolitischen Reaktion wird das deutsche Volk an die Wahlurne berufen, um die neue Volksvertretung zu wählen.

Die deutschen Gewerkschaften.

Die größten aller Volksorganisationen, können bei diesen Wahlen nicht abseits stehen. Handelt es sich doch um die Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres ganzen Volkes, um die Zusammensetzung von Reichstag und Regierung, um die Richtung der Außen- und Innenpolitik, vor allem um die Entscheidung, ob Deutschland in Zukunft monarchistisch oder republikanisch sein soll. Die Arbeiterklasse hat von der Wiederherstellung des alten Regimes nur die alte politische Rechtlosigkeit, die alte Unterdrückung und Ausbeutung zu erwarten.

Die Erhaltung und Verteidigung der Republik muß daher für sie der Ausgangspunkt aller Erwägungen und Forderungen sein, mit denen sie in den Wahlkampf eintritt, getragen von der Erkenntnis, daß die demokratisch-republikanische Verfassung die Voraussetzung bildet

für den sozialen Aufstieg

der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ein republikanisches, demokratisches Deutschland allein bildet auch die Bürgerschaft gegen neue Kriegsgefahren, sowie für eine baldige Befreiung der besetzten Gebiete durch Verträge auf dem Boden einer festen, ehrlichen Reparationspolitik.

Die Gewerkschaften treten nachdrücklich ein

für die Politik des Wiederaufbaues

in allen vom Krieg betroffenen Ländern durch wertvolle Arbeit. Nicht Waffen, — nur friedliche Arbeit kann der Welt den Frieden wiedergeben.

Die Wiedergesundung Deutschlands erfordert eine feste republikanische Politik, die zielbewußt alle legalen Kräfte des Staates gegen die auf Umsturz der Weimarer Verfassung gerichteten Bestrebungen einsetzt, nicht aber die Militärdiktatur gegen die Arbeiter, die beste Stütze der Republik, ausbietet.

Die heimische Wirtschaft hat zwei gesunde Reserven, die ihr den Wiederaufbau gewährleisten, — das sind deutsche Organisation und Technik und deutsche Arbeit.

Ihrem Zusammenwirken wird es gelingen, den für die Wirtschaft erforderlichen Kredit zu beschaffen. Verfehlt wäre eine Wirtschaftspolitik, die das kostbarste Wirtschaftsgut, die deutsche Arbeitskraft, in schrankenloser Ausbeutung verwüstet, anstatt sie durch Schulleistungsfähiger zu machen. Deshalb fordern die Gewerkschaften die

Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages

gerade im Interesse der Steigerung der Produktion. Die staatliche Lohnpolitik muß darauf gerichtet sein, den Arbeitern und Angestellten

einen auskömmlichen Lebenslohn

zu sichern, der die Erneuerung der vollen Arbeitskraft ermöglicht. Es ist verfehlt, die Löhne unter den Friedensstand herabzudrücken, um dem Unternehmertum die Kapitalbildung auf Kosten der Arbeitskraft zu erleichtern. Das schädigt die Arbeiter an Leistung und Kaufkraft und verwüstet den heimischen Markt zum Nachteil unserer Wirtschaft.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie muß durch

einen nachdrücklichen Preisabbau

und durch Wiedereinführung gesunder Kalkulationsregeln gefördert werden. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auf der Arbeiterklasse lastet, ist durch

Unterbringung der Erwerbslosen

in der Urproduktion zu vermindern, und die drückende Not durch eine

geregelt Arbeitslosenversicherung

zu mildern. Durch Ueberführung von Erwerbslosen in die Land- und Siedlungswirtschaft würden zugleich die Grundlagen unserer Volksernährung erweitert und gestärkt werden.

Mit aller Schärfe wenden sich die Gewerkschaften gegen den Abbau der Sozialpolitik,

der durch Mangel des Staates an Mitteln beschönigt wird. Dem Reich würde es nicht an Mitteln hierzu fehlen, wenn endlich den Besitzenden dieselben Steuerlasten auferlegt würden wie den Lohnarbeitern.

Die Arbeiterklasse kämpft für den

Ausbau des Arbeitsrechtes

als starken Hort der Arbeit, vor allem für die Erhaltung der Rechte der Arbeiter im Betrieb und für

ungekürztes Koalitionsrecht

der Arbeitnehmer zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung.

Das seit einem Jahrzehnt bestehende Wohnungselend macht die

beschleunigte Förderung des Wohnungsbaues

zur Notwendigkeit. Die bestehende Wohnungszwangswirtschaft darf nur langsam und nicht ohne entsprechende Erhöhung des Lohneinkommens abgebaut werden. Die Mittel für den Wohnungsbau sind den Ertragnissen der allmählichen Mietaufwertung zu entnehmen, die nicht dem Grundbesitz überlassen werden dürfen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert seine Mitglieder auf, im kommenden Wahlkampf unablässig

für diese Wahlforderungen

der Gewerkschaften einzutreten und alle Kräfte aufzubieten, damit die Pläne der militärischen und industriellen Machtpolitiker zunichte gemacht werden.

Sorgt dafür, daß am Wahltag eine Volksvertretung gewählt wird, die volle Bürgerschaft für ein republikanisches, demokratisches und soziales Deutschland bietet,

für eine Zukunft,

in der auch der Arbeiter wieder seines Lebens froh werden und für seine Pflichterfüllung auf Anerkennung seiner Arbeiterrechte rechnen kann.

Deutsche Arbeiter! Verbreitet diese Forderungen

in allen Betrieben, in Stadt und Land, besprecht sie in allen Versammlungen, legt sie allen vor, die sich um eure Stimmen bewerben, und führt sie zum Sieg!

Wirtschaftsaufbau bedingt Lohnaufbau.

Die Inflationszeit brachte eine starke Förderung des deutschen Exports, weil die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt unterbieten konnte, in der Hauptsache infolge der niedrigen Löhne der deutschen Arbeiter. Nach der Berechnung der Waren auf Goldbasis in der letzten Zeit der Großinflation stiegen die deutschen Preise zum Teil erheblich über Weltmarktpreise und blieben es meistens auch nach Eintritt der vorläufigen Stabilisierung unserer Währung. Damit ging auch der Export zurück. Der hohe Stand der deutschen Preise, der so ungünstig auf den Export wirkte, wird von vielen Unternehmern einseitig auf die Unproduktivität der deutschen Wirtschaft zurückgeführt, und die Unproduktivität der deutschen Wirtschaft ergebe sich nach ihrer Ansicht aus den zu hohen Löhnen und aus der minderen Arbeitsleistung. Deshalb, so schlussfolgern sie, sei notwendig eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Herabsetzung der Löhne.

Mit dieser falschen Auffassung beschäftigte sich jüngst ein Unternehmer in der „Kölnischen Zeitung“, der sagt: Es regnet Schlagwörter wie Unrentabilität der Betriebe, Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt usw. Man glaubt, mit gedrücktesten Löhnen und längerer Arbeitszeit aus allem Elend herauszukommen. Eines wird vergessen, und zwar, wie sieht es bei den jetzigen Löhnen, die teilweise schon eine erschreckend niedrige Höhe erreicht haben, mit der Konsumfähigkeit der Masse aus? Wer soll denn die Waren, die in Deutschland hergestellt werden, kaufen, wenn nicht die Massen der arbeitenden Bevölkerung? Theoretisch mag das richtig sein, daß ein Volk, das sein ganzes Vermögen verloren hat, ebenso wie ein einzelner, dem dies Geschick widerfahren wäre, nur erzeugen und nichts verkaufen darf. Theoretisch mag es stimmen, daß ein solches Volk sich halb fatteden darf, ohne Hut und ohne Rock und auf Holzschuhen gehen muß, gerade wie der einzelne Mensch, der sein Vermögen verloren hat, an allen Ecken und Enden sparen muß, um wieder zu etwas zu kommen. Praktisch läßt sich aber etwas derartiges nicht durchführen. Abgesehen davon, daß man es der Masse der Bevölkerung nicht zumuten kann, auf Jahrzehnte ein solch eingegengtes Dasein zu führen, wäre es auch aus wirtschaftlichen Gründen falsch, eine derartige Sparsamkeit predigen zu wollen. Man wird erwidern, Hauptzweck sei zunächst einmal, billig zu erzeugen, um vor allem die Ausfuhr wieder in Gang zu bringen. Es ist darauf zu erwidern, daß es vollkommen unmöglich ist, auch nur die Hälfte der in Deutschland hergestellten Waren auszuführen, selbst wenn überhaupt keine Arbeitslöhne für diese Waren gezahlt zu werden brauchten. Es werden in Deutschland so viel Waren hergestellt, für die nach dem Auslande infolge der Zollschranken eine Ausfuhrmöglichkeit selbst bei gedrückten Löhnen nicht vorhanden ist. Es bleibt sehr vielen Industrien aus den verschiedensten Gründen gar kein anderes Hauptabgabebiet als das Inland übrig, und diese Industrien, die bei dem Absatz ihrer Produkte auf das Inland angewiesen sind, haben das größte Interesse daran, daß die Massen der Bevölkerung konsumfähig erhalten bleiben. Derartige Erwägungen mögen bei der Schwerindustrie und beim Bergbau nicht so häufig angestellt werden wie bei denjenigen Industrien, die täglich vor Augen sehen, daß sie nur bei einer noch einigermaßen kaufkräftigen Bevölkerung weiterbestehen können. Deshalb muß der Ruf ergehen, den Lohnabbau in vernünftigen und erträglichen Grenzen zu halten, nicht nur wegen der davon betroffenen Arbeitnehmer, sondern auch, und zwar ebenso sehr wegen des Weiterbestehens des größten Teils sämtlicher Betriebe. Sorgen wir dafür, daß unsere Betriebe rationell geführt werden, sorgen wir dafür, daß einengende Bestimmungen in Gesetzen und Tarifverträgen, die die rationelle Produktion hindern, verschwinden, und

forgen wir vor allem dafür, daß erstklassige Qualitätsarbeit geleistet wird bei angemessenen und auskömmlichen Löhnen, Löhnen, die auch geeignet sind, die Arbeitsfreudigkeit der Arbeitnehmer zu heben, ohne die kein Betrieb auf die Dauer auskommt.

Also nicht Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne fördert den Wiederaufbau der Wirtschaft, sondern im Gegenteil: Ich als Konsument fähige Massen, die die hergestellten Waren kaufen können, wodurch dann auch Arbeitsfreudigkeit erzeugt wird, die genügend leistet, ohne Verlängerung der Arbeitszeit.

Mit demselben Thema beschäftigte sich Georg Bernhard-Berlin in einem Vortrag, der, noch weitergehend, gerade durch die Konsumfähigkeit der Massen auch die Hebung des Exports beweist. Hören wir:

Man sagt, wir müssen mehr produzieren und deswegen länger arbeiten, eine Auffassung, die ganz ungewöhnlich kurzfristig ist, denn es ist nicht richtig, daß man geneigt ist, in den anderen Ländern mehr Ware aufzunehmen. England und Amerika unterbieten sich selbst. Die Frage ist, ob wir so tätig sein können wie die anderen. Bernhard bestreitet das, weil bei uns sehr unrationell gearbeitet wird. Der Deutsche hat es in der Inflationszeit verlernt, richtig zu kalkulieren. Die Reorganisation darf nun aber nicht einfach auf Kosten der Arbeiter geschehen durch längere Arbeitszeit und niedrige Löhne, weil keinerlei Gewähr besteht, daß die Mehrproduktion Absatz findet. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren in der Vorkriegszeit beruhte auf den beispiellos billigen Preisen, die eine Folge waren, daß es dem deutschen Arbeiter und Angestellten gut ging und daß ein kaufkräftiger Mittelstand vorhanden war. Der Arbeiter und Angestellte bekam zwar nicht mehr, als was zur Lebensnotdurft nötig war, aber die Lebensnotdurft war in Deutschland sehr hoch gespannt. Die Folge für die deutsche Warenproduktion war, daß selbst der kleinste Artikel in Deutschland in beispielloser Zahl abgesetzt werden konnte, die Geschäftsspesen sich dadurch außerordentlich niedrig stellten und so dazu führten, daß Deutschland mit den denkbar wenigsten Unkosten produzieren konnte. Daraus ergibt sich, daß ein Export dann wieder möglich sein wird, wenn die inneren Konsumverhältnisse wieder hergestellt werden. Daran sei aber heute gar nicht zu denken. Der Mittelstand ist vernichtet, es bleibt nur die Angestellten- und Arbeiterschaft. Die Industrie kann aber nur gespeist werden von den Massen. Deshalb Stärkung der Konsumkraft der Arbeiter und Angestellten! Das ist das Grundproblem des Wiederaufbaues. Mit billigen Löhnen kann auf die Dauer nur eine Kolonialwirtschaft exportieren, dagegen kann eine Wirtschaft, die von sich selbst lebt, den Überschuss der eigenen Produktion nur dann exportieren, wenn der Absatz im Inlande so groß ist, daß die Unkosten ungewöhnlich gering werden. Nur so können wir die ausländischen Schulden abtragen und in die vollständige Beherrschung der eigenen Produktionsmittel hineinwachen. Unsere Zeit hat verzeifelte Ähnlichkeit mit der Zeit von 1879, der Einführung des Sozialistengesetzes, das die gewerkschaftlichen Organisationen zerrützte. Zum Schutz der nationalen Arbeit wurden damals die Löhne selten niedrig gehalten. Wenn sich Anfang der neunziger Jahre die wirtschaftlichen Verhältnisse besserten, so war dies nicht allein den Caprivischen Handelsverträgen zu danken, sondern es hatte sich der Geist auch in der Sozialpolitik gewandelt. Sozial- und Wirtschaftspolitik sind überhaupt nichts Verschiedenes, sondern sind zwei Aeste auf demselben Gegenstand. Wenn alle niedrige Löhne zahlen, verringert sich auch der Umsatz. Das Unglück heute ist, daß die Leute von niedrigem Lohn leben. Es gibt nichts Falscheres, als Wirtschaftsaufbau mit Lohnabbau treiben zu wollen. Wir brauchen nicht nur Rationalisierung der Produktion, sondern auch Rationalisierung des Konsums. Das Grundproblem des deutschen Wiederaufbaues ist: Durch Wiederbelebung der Kaufkraft der breiten Massen die Möglichkeit zu schaffen, daß Deutschland exportiert, und durch Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Handelsbilanz das deutsche Geld stabil zu halten. Gesundheit und Stabilität der Wirtschaft setzen voraus eine starke Konsumkraft der breiten Massen.

Dies den Kollegen und auch den Unternehmern in Erinnerung zu bringen, ist allgemein und besonders auch jetzt wieder notwendig, besonders jetzt in Rücksicht auf die eingetretene und noch weiter erfolgende Erhöhung der Wohnungsmieten. Jeder Mehrbetrag, der für Miete gezahlt werden muß, vermindert die Kaufkraft des einzelnen nach Lage der Verhältnisse, und die vielen einzelnen bilden die große Masse, auf deren Konsumfähigkeit die

Wirtschaft und der Wiederaufbau ruht. Nicht nur die Unzulänglichkeit der Löhne an sich, auch speziell die Mehrbelastung durch die Mietpreiserhöhung sind nicht nur berechtigte, sondern zwingende Gründe zur Forderung und Gewährung höherer Löhne.

Der Wahnsinn.

Eine Betrachtung zur Reichstagswahl.

In der „Vossischen Zeitung“ schreibt General a. D. von Deimling über die Rüstungspolitik der Großmächte:

Im Versailler Friedensvertrag ist die Deutschland auferlegte Entwaffnung ausdrücklich begründet mit den Worten: „um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“. Und im Artikel 8 der Völkerbundcharta bekennen sich die Bundesmitglieder zu dem Grundsatz, „daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist“.

Wir haben also einen verbrieften Anspruch darauf, daß auch die andern ihre Rüstungen einschränken. Aber was sehen wir statt dessen? Die Rüstungen sind heute viel größer als vor dem Kriege!

1913 waren in Europa rund 3 1/2 Millionen Mann unter Waffen, heute sind es rund 4 1/2 Millionen. Davon hat Frankreich allein über 4 Millionen, während auf seine Gefolgsstaaten, die sogenannte „Kleine Entente“ (Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien) zusammen 1 Million kommen. Im Kriegsfall kann Frankreich 3 1/2 Millionen Mann, die Kleine Entente 3 Millionen Mann zur Einkreisung Deutschlands ins Feld stellen.

Auch die Technik, die ja im modernen Krieg eine größere Rolle spielt als die Soldaten, ist seit dem Weltkrieg gewaltig entwickelt, und alle Staaten (mit Ausnahme der entwaffneten: Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien), verfügen nach den Erfahrungen des Weltkrieges in reicher Menge über schwere Artillerie, Tanks und Flugzeuge.

In der Luft ist Frankreich stärker gerüstet als das ganze übrige Europa zusammengenommen. Frankreich besitzt eine Luftflotte von 1550 kriegsbereiten Flugzeugen, während England deren 351 hat. (England hat neuerdings die Vermehrung seiner Luftflotte beschlossen.) Im Mobilmachungsfall aber kann Frankreich seine Luftflotte mehr als verdoppeln, so daß mit einer Kriegsstärke von 162 Jagdstaffeln, 96 Bombenstaffeln und 120 Aufklärungsabteilungen, mit im ganzen 3402 Flugzeugen zu rechnen ist. Für diese gewaltige Vermehrung der Verbände hält Frankreich eine Kriegsgarnitur von über 4000 Flugzeugen bereit. Wer sich für Rüstungsfragen näher interessiert, dem sei die vor kurzem bei Mittler u. Sohn, Berlin, erschienene Schrift „Der Triumph des Militarismus“, von Kurt Hesse empfohlen. In dieser Schrift ist auch erwähnt, daß nach einem Bericht des Mr. Gautreaux, des Pariser Mitarbeiters des „Naval and Military Record“ vom 30. August 1922, Frankreich Flugzeuge besitzt, die zehn Tonnen tragen könnten, und bereit seien, um Berlin das Schicksal zu bereiten, das 1918 Paris zugebracht gewesen sei. Und zwei Monate später hat derselbe Berichterstatter geäußert: Es sei Ansicht der maßgebenden französischen Stellen, daß in erster Linie von einem Bombenflugzeug gefordert werden müsse, daß es mit Paris oder Metz als Basis Berlin bombardieren könne, das 900 bzw. 600 Kilometer von der Abflugstelle entfernt liege!

Ganz besonders aber ist die Technik der Giftgase, die die Bombenstaffeln mit sich führen werden, „vervollkommnet“, so daß man heute mit Giftgasen rechnen muß, deren Wirkung die stärksten der im Weltkrieg verwendeten um ein Hundertfaches übertrifft.

Von Dr. Gertrud Wöcker, Privatdozentin für Chemie an der Universität in Bern, ist vor kurzem ein Aufsatz über „Giftgastrieg“ erschienen und in der „Friedenswarte“ (Schwetschke u. Sohn, Berlin W. 30) abgedruckt. In diesem Aufsatz heißt es u. a., daß in Amerika das Levesitegas erfunden sei (wahrscheinlich eine Kombination von Phosphor und Blausäure), vor dem keine Gasmaske schütze, und von dem zwölf große Bomben, die über einer Stadt wie Chicago oder Berlin abgeworfen würden, genügten, um alles Leben in dieser Stadt in kürzester Frist zu vernichten. Nicht einmal die Keller böten hier Rettung, denn jenes Gas sei schwer, es sinke zu Boden, es dringe in die Tiefe und folge den Abzugskanälen unter der Erde; selbst alles pflanzliche Leben erlösche, Quellen und Grundwasser würden vergiftet. In ähnlichem Sinne äußert sich auch der „Manchester Guardian“ über die furchtbaren Wirkungen dieses Gases. Zieht man diesen Schilderungen auch manches ab, was die Phantasie hinzugefügt haben mag, so bleibt doch immer noch ein erschütterndes Bild dessen, was die Menschheit in einem künftigen Kriege vom Giftgas, dieser Hauptwaffe des modernen Krieges, zu erwarten hat. Und der englische General Hamilton wird nicht unrecht haben, wenn er kürzlich in einem Brief an den General

v. Schönau schrieb: „Im nächsten Kriege werden die Flugzeuge wie Geier über den Großstädten kreisen. Zivilisten machen sich keinen Begriff von der Wirkung moderner Bomben. Ich, als Kenner des Krieges, spreche daher für Frieden und guten Willen zwischen den Völkern. Wenn wir nicht auf der Hut sind, werden der Kontinent und England von einem Unglück heimgesucht werden, das hundertmal schrecklicher ist als das japanische Erdbeben.“

Parallel mit den Rüstungen der Staaten gingen und gehen noch gegenseitige Abschlüsse von Militärbündnissen und Militärverträgen. Gegen die drohende Katastrophe gibt es für Europa nur eine Rettung: die allgemeine Abrüstung oder, genauer: die allgemeine Rüstungsbeschränkung gemäß des eingangs erwähnten Artikel 8 des Völkerbundespaktes. Der Zustand, daß wir allein in unserer Rüstung beschränkt sind inmitten von Staaten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, ist auf die Dauer unerträglich. Deshalb sind wir es, die an erster Stelle Anlaß haben, die Rüstungsbeschränkung der andern zu fordern und unsern verbrieften Anspruch darauf mit Zähigkeit und Energie geltend zu machen. Das können wir aber mit Aussicht auf Erfolg nur dann, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist. Wenn wir draußen bleiben und bloß schimpfen, so werden wir gar nichts erreichen. Hinein müssen wir in den Völkerbund, allein schon wegen der Abrüstungsfrage, ganz abgesehen von andern politischen Vorteilen (so z. B. ist eine Revision des Versailler Vertrages nur durch den Völkerbund möglich), und müssen unsere Stimme immer wieder erheben, und sie wird gewiß nicht ungehört verhallen. Denn im Völkerbund sind starke Kräfte am Werk, die energisch auf eine Herabsetzung der Rüstungen drängen, schon deshalb, weil bei der allgemein wirtschaftlichen Depression die Last der schimmernden Wehr so schwer drückt, daß die Staaten sie auf die Dauer nicht mehr tragen können. Letzteres gilt besonders für Frankreich.

Hier bereitet sich augenscheinlich ein Umschwung der öffentlichen Meinung gegen die bisher im Rheinland und an der Ruhr verfolgte Politik vor. Dieser Meinungsumschwung würde einen gewaltigen Antrieb erhalten durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Denn durch diese Tat würde Deutschland der Welt offenbaren, daß es die Reaktion mit ihrem Haß- und Rachegeist überwunden hat und daß es bereit ist, im Geist der Verständigung und Versöhnung mit den anderen Nationen zusammenzuarbeiten am Wiederaufbau Europas. Hierin aber würde Frankreich mit Recht eine viel stärkere Garantie für seine Sicherheit erblicken können, als Gewehre, Kanonen und Flugzeuge sie zu bieten vermögen. Es könnte und müßte dann die drückende Last seiner klirrenden Rüstung abwerfen.

So wird der Eintritt in den Völkerbund immer mehr zu einer Existenzfrage für das ganze deutsche Volk. Die Erklärung, die neulich regierungsseitig im Reichstag über Deutschlands Stellung zum Völkerbund abgegeben wurde, war nicht gehauen und nicht gestochen. Vor allem sollte man nicht auf eine Einladung warten, denn zu einer solchen Erwartung berechtigen weder die Satzungen des Völkerbundes noch seine bisherigen Gepflogenheiten. Wir müssen vielmehr die Initiative ergreifen und den Antrag um Aufnahme selbst stellen. Es wird wirklich hohe Zeit.

Anfang Mai werden die Reichstagswahlen sein. Da geht es für das deutsche Volk ums Ganze: es geht um Krieg oder Frieden, um Sein oder Nichtsein!

Wer den Krieg will und es nicht erwarten kann, bis die feindlichen Bombengeschwader über unsern Städten kreisen, der gebe seine Stimme dahin, wo man nichts wissen will von Verständigung und Leistung, wo man den Haß und die Rache predigt, und den Revanchekrieg herbeiführt.

Wer aber den Frieden will und unsern Wiederaufbau in Ruhe und Frieden, der wähle dort, wo man für Völkerversöhnung ist und für den Völkerbund!

Volksabstimmung in Bayern.

Am 6. April 1924 findet in Bayern eine Volksabstimmung statt über die Frage: „Soll folgendes Verfassungsgesetz erlassen werden? Der im ersten Halbjahr 1924 neu gewählte Landtag ist ermächtigt, ein Gesetz zur Abhaltung der bayerischen Verfassung mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder zu beschließen.“

Nach der geltenden bayerischen Verfassung, die im August 1919 einstimmig beschlossen wurde, sind Verfassungsänderungen nur mit einer Zweidrittelmehrheit des Landtags bei Anwesenheit von mindestens 106 Abgeordneten möglich. Da sich durch die Verfassungsbestimmung die Bayerische Volkspartei behindert fühlt, soll eine Verfassungsänderung durch Volksabstimmung herbeigeführt werden. Verfassungsgemäß ist das zulässig. Es ist nur notwendig, daß mindestens zwei Fünftel der Wahlberechtigten in Bayern (1 600 000) abstimmen und davon zwei Drittel (1 066 667) dafür stimmen. Freilich verlangt die Verfassung, daß der Antrag auf Verfassungsänderung so formuliert einzureichen ist, wie er in dem neuen Verfassungstext aufgenommen werden soll. Das ist in Bayern nicht geschehen. Würde die bayerische Staatsregierung ehrlich auf dem Boden der Republik stehen, so hätte sie vorstehenden Text zurückweisen müssen. Freilich, wer ist noch so naiv, von der bayerischen Regierung eine Verfassungsstrenge zu erwarten?

Was will nun die bayerische Reaktion? Sie will einen Staatspräsidenten und eine zweite Kammer. Der Staatspräsident ist als Statthalter der Monarchie gedacht; sein Amt ist es, die Auflockerung des Reichs noch weiter zu betreiben, als es bisher schon geschehen ist. Die zweite Kammer soll verhindern, daß fortschrittliche Beschlüsse der eigentlichen Volksvertretung Gesetz werden.

Endet die bayerische Volksabstimmung mit einem Sieg der Reaktion, kann droht dem Reich höchste Gefahr. Der Monarchismus hat sich eine neue Machtfstellung erobert, und der Parlamentarismus hat in einem wichtigen Gebiet des Reichs durch die Einführung der zweiten Kammer einen schweren Schlag erlitten. Die bayerischen Einrichtungen verlocken zur Nachahmung; kurz: der Rückfall Deutschlands in alte, gespenstisch anmutende Zustände wird weiter gehen sein.

Den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen in Bayern obliegt die Pflicht, den bayerischen Monarchisten und den kapitalistischen Scharfmachern eine empfindliche Niederlage zu bereiten. Die Verfassungsänderung würde zu ungeheuerlichen Rückschritten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet führen. Die organisierte bayerische Arbeiterschaft hat die Pflicht, um der Wahrung ihrer eigenen Interessen willen am 6. April bei der Volksabstimmung mit „Nein“ zu stimmen.

Die Weltgetreideernte 1923.

Unter den Getreidearten nimmt nach „Wirtschaft und Statistik“ in den Weltenernteergebnissen der Weizen die erste Stelle ein. Nach den Angaben der wichtigsten Produktionsländer (ohne Rußland) wird die Weltweizenernte im Jahre 1923 auf 940 Millionen Doppelzentner gegen 870 Millionen Doppelzentner in 1922 veranschlagt. Die Steigerung entfällt fast vollständig auf die Länder Europas, die mit 348 Millionen Doppelzentner ein Mehr von 64,8 Millionen gegen 1922 erzielten. Dagegen weisen die Vereinigten Staaten, das Hauptanbaugelände von Weizen überhaupt, einen Rückgang um 22 Millionen Doppelzentner gleich 7 Proz. auf in den Ernteergebnissen und um 6,4 Proz. in der Anbaufläche. Die um 19 Millionen Doppelzentner (gleich 17,5 Proz. bei um 1,1 Proz. gestiegener Anbaufläche) größere Ernte Kanadas gleicht diesen Rückgang aus. Sonstige wichtigere Länder weisen gleichfalls Mehrträge auf, wie Argentinien um 19,1 Millionen Doppelzentner, Britisch-Indien um 0,6 Millionen Doppelzentner und Australien um 3,5 Millionen Doppelzentner. Die außerordentlich günstigen Witterungsverhältnisse in Europa bedingen auch die Erhöhung der Roggen-ernte in der Welt auf 242 Millionen Doppelzentner (ohne Rußland), wovon Deutschland und Polen allein über die Hälfte, 126,4 Millionen, lieferten. Die Zunahme in diesen beiden Ländern beträgt rund 24 Millionen Doppelzentner (23,4 Proz.) bei einer Steigerung der europäischen Ernte um 29,7 Millionen (18,4 Proz.). Auch die Erntemengen in Saffee und Gerste sind 1923 günstiger als im Jahre 1922 ausgefallen, nämlich um 15 bzw. 13,5 Proz. für die Welt-ernten. Die Ergebnisse der Weltgetreideernte 1923 in den wichtigsten Produktionsländern zeigt die nachfolgende Tabelle:

	Weizen		Roggen	
	1923	1922	1923	1922
Europa:		1000 Doppelzentner		
Deutschland	28 971	19 577	66 815	52 340
Belgien	3 426	2 889	4 963	4 670
Bulgarien	10 555	10 261	2 154	1 893
Dänemark	2 400	2 517	3 500	3 628
England	15 393	17 098	—	—
Frankreich	79 055	66 220	9 377	9 757
Italien	61 191	43 992	1 647	1 413
Jugoslawien	16 845	12 103	1 502	1 149
Niederlande	1 817	1 650	3 910	4 289
Polen	13 536	11 553	59 624	50 135
Rumänien	27 902	25 041	2 407	2 338
Spanien	42 759	34 148	7 132	6 668
Tschechoslowakei	9 944	9 150	13 161	12 979
Ungarn	18 419	14 895	8 157	6 388
amerika:				
Argentinien	70 580	51 450	1 151	545
Kanada	127 850	108 806	6 842	8 223
Ver. Staaten	213 847	236 126	16 009	26 255
Australien:	32 659	29 193	—	—
Lebr. Produkt-Gebiete:				
Ägypten	11 064	9 974	—	—
Ägypten	9 692	4 962	—	—
Britisch-Indien	100 497	99 877	—	—
Saffee				
Europa:		1000 Doppelzentner		
Deutschland	21 269	16 076	61 070	40 155
Belgien	919	749	5 277	5 194
Bulgarien	2 674	2 600	1 459	1 327
Dänemark	7 400	6 626	10 000	8 477
England	9 744	9 715	13 432	12 721
Frankreich	10 232	8 907	54 790	41 842
Italien	2 286	1 797	5 781	4 422
Jugoslawien	3 119	2 410	—	—
Niederlande	636	696	3 475	2 888
Polen	16 555	12 967	35 224	25 056
Rumänien	12 733	20 418	9 532	13 364
Spanien	24 355	16 881	5 869	4 531
Tschechoslowakei	12 013	10 092	12 522	10 386
Ungarn	5 367	4 827	3 708	3 274
amerika:				
Argentinien	2 758	1 667	11 908	7 980
Kanada	17 495	15 647	81 949	75 759
Ver. Staaten	43 149	39 640	188 669	176 474
Australien:	—	—	—	—
Lebr. Produkt-Gebiete:				
Ägypten	2 610	2 462	—	—
Ägypten	9 830	4 322	2 315	808
Britisch-Indien	—	—	—	—

1) Nur Sommerfrucht. 2) Nur Winterfrucht.
Der erheblich günstigere Ausfall vor allem der Brotgetreideernten in Europa läßt die Möglichkeit der Selbstversorgung günstiger erscheinen als in den letzten

Jahren. Weiter wird auch bei günstigem Ausfall der gesamten Weltenernte mit ziemlichem Ueberschuss von Getreide, besonders Weizen, zu rechnen sein.

Wie die Rechte der Arbeiter von den ordentlichen Gerichten wahrgenommen werden.

Wie notwendig die Errichtung von Arbeitsgerichten auch für die ländlichen Bezirke ist, zeigt nächstehender Fall. Die Holzern-Mühlwerke in Holzern entließen am 15. März 1921 von 30 beschäftigten Arbeitnehmern 17, 13 wurden weiter beschäftigt. Unter den Entlassenen waren auch die Mitglieder des Arbeiterrats. Auf Vorstelligwerden erklärte Herr Demmering (demokratischer Landtagsabgeordneter) als Besitzer der Mühle: „Wenn Sie mir Schwierigkeiten machen, lege ich den ganzen Betrieb still.“ Vor dem Schlichtungsausschuß Leipzig erklärte die Firma zuerst, daß eine Betriebsstilllegung vorliege. Die auf Grund der Stilllegungsverordnung vorgeschriebene Anmeldung ist nicht erfolgt. Es war deshalb die Angelegenheit dem Arbeitsministerium unterbreitet worden. Dieses beauftragte die zuständige Gewerbeaufsicht, bei der Firma unter Zuziehung des entlassenen Arbeiterrats und der Organisation Untersuchungen anzustellen. Bei diesen Verhandlungen wurde unter Zustimmung der Betriebsleitung festgestellt, daß eine Stilllegung nicht erfolgt ist, da ja noch 13 Arbeiter weiterbeschäftigt werden und auch noch gemahlen wird, wenn auch in beschränktem Maße. Der Schlichtungsausschuß empfahl dann den Parteien unter Zuziehung der Organisation Verhandlungen über die Weiterbeschäftigung und Arbeitsstreckung zu führen. Bei diesen Verhandlungen wurde im Einverständnis der gesamten Arbeiterschaft und der technischen Betriebsleitung eine Arbeitsteilung vereinbart, wonach jeder Arbeitnehmer jede dritte Woche arbeiten sollte, also jede Woche 10 Mann. Finanziell war das für die Firma nicht ungünstiger. Es wurden dabei auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes berücksichtigt, denn die Einteilung geschah ja auf Vorschlag des technischen Betriebsleiters. Diese Vereinbarung lehnte aber Herr Demmering unter Beeinflussung des Direktors Gebhardt ab.

Die Arbeiterratsmitglieder mußten folgedessen auf Grund des Betriebsrätegesetzes, in Ermangelung eines Gewerbegerichts, beim Amtsgericht Klage erheben. Dort wurden nun zunächst alle möglichen Erhebungen angestellt, Zeugen vernommen usw. Trotdem durch das Gewerbeaufsichtsamt eine Stilllegung des Betriebes nicht festgestellt wurde, wie ja auch die Zeugen ausfügten, wurde die Klage abgewiesen. Dabei ist auch festzustellen, daß der technische Betriebsleiter unter Eid auslegte, daß die entlassenen Arbeiterratsmitglieder wiederholt die Arbeiten verrichtet haben, die von den dreizehn noch im Betriebe gebliebenen Arbeitern verrichtet werden.

Das Landgericht Leipzig als Berufungsinstanz hat leider das Urteil am 19. Dezember 1923 bestätigt. Das Urteil ist ein Fehlurteil nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes. Das Gewerbegericht in Berlin hat in einem ähnlichen Fall den Betriebsratsmitgliedern zu ihrem Recht verholfen. Wenn man bedenkt, daß die Angelegenheit fast drei Jahre bis zur Entscheidung dauerte und die Kosten berechnet, die dabei erwachsen sind, so ist es unmöglich, daß der Arbeiter sein Recht finden kann.

Es ist deswegen die Forderung von der Arbeiterschaft mit allem Nachdruck zu vertreten, daß Streitigkeiten aus dem Arbeitsrecht den ordentlichen Gerichten entzogen werden. Die Juristen haben kein Verständnis für soziale Gesetzgebung. Es ist unbedingt notwendig, daß auch für ländliche Bezirke Gewerbegerichte errichtet werden, damit der lange Prozeß vor den ordentlichen Gerichten und die daraus entstehenden Nachteile für die Arbeiter vermieden werden. Die Arbeiterschaft kann ja kein Vertrauen zu der Gesetzgebung haben, wenn die klaren gesetzlichen Bestimmungen von den Gerichten nicht richtig ausgelegt werden. Auf Grund des § 96 BRG. mußten die Arbeiterratsmitglieder zu ihrem Recht kommen. Wenn es weiter so gehandhabt werden soll wie in diesem Fall, dann brauchte man diesen Paragraphen nicht im Gesetz aufzunehmen. Also fort mit den Bestrebungen, alle Arbeitsrechtsstreitigkeiten den ordentlichen Gerichten anzugliedern und her mit den Arbeitsgerichten für alle derartigen Streitfälle.

Internationales Arbeitsamt.

Die 21. Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes tagte am 29. Januar. Neue Mitglieder sind: Frau Margarete Bondfield, parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium, als die Vertreterin der neuen englischen Regierung, Dr. Feig, Ministerialrat im Arbeitsministerium, der die deutsche Regierung vertritt. Der Rat hat einen Bericht des Direktors über die Tätigkeit des Amtes in den letzten Monaten entgegengenommen. Ferner hat er sich mit dem Stand der Ratifikationen der Internationalen Arbeitsübereinkommen befaßt, von denen zurzeit 84 amtlich bestätigt sind. Die Vertreter Polens und Italiens haben die Ratifikation weiterer Übereinkommen in Aussicht gestellt, die augenblicklich noch den zuständigen Körperschaften vorliegen. Des weiteren wurde ein Bericht entgegengenommen über die Anwendung des Grundgesetzes der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit (der auf Grund des Art. XIII des Friedensvertrages gewährleistet ist) in den verschiedenen Ländern. Der Direktor wurde ersucht, den Bericht zu vervollständigen durch das Studium der Rechtsprechung, der Statistiken über die Gründung und Auflösung von Gewerkschaften sowie durch Vergleich der Entschlüsse der Gewerkschafts- und Arbeitgeberkongresse.

Besondere Aufmerksamkeit hat der Verwaltungsrat der Frage der Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens über den Achtstundentag gewidmet. Der französische Arbeitgebervertreter wies darauf hin, daß der Achtstundentag in Deutschland gegenwärtig praktisch außer Kraft gesetzt sei mit der Begründung, diese Maßnahme sei notwendig, um die zur Reparationszahlung erforderliche Produktionssteigerung zu erzielen. Man könne es Deutschland nicht auf verbieten, länger zu arbeiten, wenn es dadurch seine Reparationsschuld mindern wolle. Auch der deutsche Arbeitgebervertreter erklärte, Deutsch-

land habe keine anderen Absichten, als lediglich die, durch Mehrleistungen seine Verpflichtungen zu erfüllen. Es handele sich nur um eine zeitliche Notwendigkeit, die mit dem Aufheben der besonderen Umstände wieder verschwinden würde.

Der deutsche Arbeitervertreter erklärte, daß es der Verwaltungsrat nicht zulassen dürfe, den von den Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeiter vor aller Welt verkündeten Grundgedanken des Achtstundentages in Frage zu stellen. Nie hätten es die deutschen Arbeiter an gutem Willen fehlen lassen, Reparationen zu bezahlen, aber es könne nicht angehen, diese Last nur auf die Schultern der Arbeiterschaft zu legen. Außerdem gäbe es wirksamere Mittel zur Steigerung der Produktion als das der Arbeitszeitverlängerung.

Der deutsche Regierungsvertreter wies auf die enge Verbindung von Reparationen und Mehrleistung hin und betonte, daß die Verlängerung der Arbeitszeit zwar nicht das einzige Mittel der Produktionssteigerung sei, aber nichtsdestoweniger notwendig. Außerdem habe die Regierung Wert darauf gelegt, den Grundgedanken des Achtstundentages bestehen zu lassen. Sobald Deutschland sein wirtschaftliches Gleichgewicht wiedergewonnen habe, werde es hinsichtlich der Arbeitszeit zu normalen Bedingungen zurückkehren.

Der französische Arbeitervertreter erklärte, daß der Verwaltungsrat unmöglich die Idee des französischen und deutschen Arbeitgebervertreters bestätigen dürfe, um dadurch einer Nation das Recht zuzugestehen, außerhalb der normalen Arbeitszeitordnung zu bleiben. Die französische Arbeiterschaft hat alle Maßnahmen unterstützt, die zur Regelung der Reparationen und damit zur Befriedigung Europas beitragen, aber sie widersteht sich der Auffassung, daß zur Zahlung von Reparationen in Deutschland die Arbeitszeit verlängert wird. Außerdem bedeute eine Verlängerung der Arbeitszeit noch keine Produktionserhöhung. Die Aufgabe des Amtes ist die, mit allen Mitteln auf die Ratifikation des Übereinkommens von Washington zu dringen.

Die englische Regierungsvertreterin betonte, daß der gegenwärtige Arbeitsminister, der in Washington der Vorsitzende des Arbeitszeitausschusses war, sich um eine gleichmäßige Einführung des Achtstundentages in allen Ländern bemühte. In Großbritannien habe die industrielle Erfahrung gelehrt, daß die langen Arbeitstage nicht zu einer Steigerung der Produktion beitragen; aus diesem Grunde könne sie sich nicht der Auffassung anschließen, daß die Reparationsfrage mit der Arbeitszeittfrage so eng verknüpft sei.

Der Direktor, der die Auslegungen der verschiedenen Vertreter zusammenfaßte, wies darauf hin, daß, wenn alle Staaten das Übereinkommen ratifiziert hätten, in dieser Beziehung keine solche Unsicherheit bestünde. Deutschland hätte sich dabei auf den Artikel 14 des Übereinkommens berufen können, um „aus Gründen der nationalen Sicherheit“ Ausnahmen zu erlangen. Allerdings hätten dann die anderen Staaten das Recht und die Pflicht gehabt, die Bedingungen dieser Ausnahmen zu überwachen, unter Einhaltung ihrer gegenseitigen Verpflichtungen. Dies ist ein Beweis dafür, daß heute mehr denn je die regelmäßige Tätigkeit einer internationalen Arbeitsorganisation notwendig ist, sowie die Ratifikation der Übereinkommen. Dieses Ziel hat sich der Direktor zur Aufgabe gemacht, und er hofft, dabei die einstimmige Zustimmung des Verwaltungsrates zu finden.

Der Verwaltungsrat hat schließlich ohne Gegenstimmen einen Antrag angenommen, der den Direktor beauftragt, seine Bemühungen fortzusetzen zur Erlangung von Ratifikationen der abgestimmten Übereinkommen, sowohl durch Veröffentlichungen, die die Gründe umfassen, die für die Schaffung des Übereinkommens maßgebend waren, als auch durch die Verbreitung von Auskünften über die mit dem Übereinkommen gemachten Erfahrungen.

Eine unglaubliche Verschleppung.

Die gegenwärtig ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse benutzen die Unternehmer mehr oder weniger dazu, den Arbeitern ihren Willen aufzuzwingen oder doch Lohnsack bis ins Unendliche hinzuzuziehen. Hierin sind auch unsere Kollegen schon manches gewöhnt, was sich aber die Oldenburger Unternehmer, darunter die Brauereien und Mühlen darin geleistet haben, dürfte denn doch einzig dastehen.

Bereits im November haben auch unsere Kollegen neue Lohnvorschläge auf Goldbasis an die Firmen eingereicht, um endlich einmal zu stabilen und einigermaßen ausreichenden Lohnverhältnissen zu kommen. Aus alter Erfahrung war allerdings auf nennenswerten Erfolg bei der direkten Verhandlung nicht zu rechnen, wohl aber konnte man solchen von der Entscheidung des Schlichtungsausschusses erhoffen. Es hat sich aber gezeigt, daß die Unternehmer auch hierbei nicht verlegen sind. Bei der Verhandlung ergab sich, daß die Unternehmerbeisitzer wie auf Kommando die Sitzung verließen und damit den Schlichtungsausschuß impotent machten. Dies Manöver wiederholten sie auch bei anderen Lohnstreitigkeiten und sammelten sich somit nicht weniger als 14 Lohnstreitigkeiten an.

Der einzige Weg, um solchen unerhörten Provokationen zu begegnen, war die Beschwerde beim Reichsarbeitsministerium (RAM.) der auch die angesammelten Lohnstreitigkeiten dem Schlichtungsausschuß Bremen zur Erledigung zugewiesen hat. Zwar haben hier nicht die Arbeitgeberbeisitzer Sabotage getrieben, wohl aber verließen die Vertreter der Firmen und des Arbeitgeberverbandes wiederum die Sitzung, um Sprüche zu vereiteln. Die trotz ihrer Abwesenheit gefällten Sprüche lehnten sie wiederum ab. Es blieb nur die Verbindlichkeitsklärung seitens des RAM. Nicht weniger als drei Wochen war nun über allen Wassern Ruhe und erst auf energisches Vorstelligwerden der Arbeitgebervertreter wurden die Sprüche in Angriff genommen.

Die erhoffte Verbindlichkeitsklärung erfolgte aber nicht, sondern es wurden die Streitfälle dem Oldenburger Demobilisierungskommissar zur nochmaligen direkten Verhandlung mit den Parteien zugeleitet, nachdem die Arbeitgebervertreter ablehnten, gemäß Rat des RAM. ihre Lohn- bzw. Entscheidungsanträge zurückzuziehen.

Der Demobilisierungskommissar befaßte sich aber gar nicht erst mit den Sachen, sondern sandte sie wiederum an den RAM. zurück, weil er wohl die ganze Situation richtig tarierte.

Hier sei eingeschaltet, daß die Kollegen mittlerweile erneut zur Lehnfache Stellung nahmen und neue Forderungen einreichten. Direkte Verhandlung ergab negativen Erfolg...

Der K.M. Bericht nun je drei Vertreter der beiden Parteien zu sich nach Berlin und konnte es hierbei nur eines geben, entweder die Verbindlichkeitserklärung oder aber auch das Begründnis der Schiedsprüche.

Welle 14 Wochen warten nun schon die Kollegen auf den so notwendigen höheren Lohn. Es ist einfach unbefriedigend, wenn große Einschränkungen und Entbehrungen sie sich bei einem Wochenverdienst von 13 bis 14 Mk. haben auferlegen müssen...

Der Spruch ist nun allerdings für verbindlich erklärt; es würde nur noch fehlen, daß ihn auch jetzt die Firmen noch nicht zur Ausführung bringen und erst auf dem Wege die Kollegen ihre Rechte durchsetzen müßten.

Es ist wohl verständlich, wenn unsere Kollegen über den langen Weg empört sind und letzten Endes der Verbandsleitung die Schuld zuschieben, die sie aber nicht trifft. Wir gehen wohl kaum fehl, daß seitens der Unternehmer der Streit provoziert werden sollte...

Die Arbeitszeit in der Mühlenindustrie.

Leipzig. Solange der gesetzliche Achtstundentag besteht, sind die Unternehmer in der Mühlenindustrie bestrebt gewesen, ihn zu befeitigen. Die kleinen Wassermühlen haben durch Insuperate Mühlen zur alten Arbeitszeit gesucht...

Bei den Verhandlungen erklärten die Unternehmer, an einer Arbeitszeit von 9 oder 10 Stunden sei ihnen nichts gelegen, sie könnten nur die acht- oder zwölfstündige gebrauchen. An Stelle der jetzigen drei wollten sie wieder zwei Schichten einführen.

Es muß berücksichtigt werden, daß damals, als das Dreischichtensystem eingeführt wurde, nach und nach die Arbeiter so zusammengezogen wurden, daß auch nicht mehr Arbeiter beschäftigt wurden als früher bei zwei Schichten.

Korrespondenzen.

Griechen. Die Belegschaft der Badischen Obst- und Gemüsewerke hielt in Anbetracht der schwierigen Lohnverhältnisse am 27. März in der Bahnhofswirtschaft in Griechen eine Versammlung ab, die den Zweck hatte, die Belegschaft in einer Organisation zu vereinigen.

Rundschau.

Die Vorschriften über Betriebsstilllegung. Zur Behebung von Zweifeln, die bei der Handhabung der Stilllegungsverordnung aufgetreten sind, weist der preußische Minister für Handel und Gewerbe u. a. auf folgendes hin:

Für die Begriffsbestimmung des Arbeitnehmers im Sinne der Stilllegungsverordnung sind die Bestimmungen der §§ 10-12 des Betriebsrätegesetzes maßgebend. Danach fallen auch die Lehrlinge unter ihr Geltungsbereich.

Die Auffassung einiger Demobilisierungskommissare, daß Verhandlungen gemäß § 3 der Stilllegungsverordnung dann nicht erforderlich seien, wenn die angezeigte Betriebsstilllegung erst nach Ablauf der vierwöchigen Sperrfrist durchgeführt werden soll, entspricht weder dem Sinn noch dem Wortlaut dieses Paragraphen.

Wegen Streikpostenstehen verurteilt. Das Schöffengericht 2 beim Amtsgericht in Hamburg hat 5 Arbeiter wegen Streikpostenstehens zu je 20 Goldmark eventuell 4 Tagen Haft verurteilt. Ist es schon unerhört und mit dem Koalitionsrecht überhaupt im Widerspruch stehend, daß das Streikpostenstehen verboten und bestraft wird...

Die Erwerbslosenfürsorge. In der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 heißt es, die Erwerbslosigkeit sei nicht als Kriegsfolge anzusehen, wenn sie durch Ausstand oder Aussperrung überwiegend verursacht ist.

Literarisches.

„Lärnwasser“, ein Jubiläumsspiel von Karl Eisler. 36 Seiten, 0,30 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“, Berlin D. 27, Schiedlerstraße 6 IV. Fernsprecher: Amt Köpenickstadt 275.

14. Beitragswoche vom 30. März bis 5. April. 15. Beitragswoche vom 6. bis 12. April.

Besetzter Posten.

Die für den Unterbezirk Trier ausgeschriebene Stelle ist besetzt. Den Bewerbern besten Dank.

Wenn die Zeitung in Zukunft ausbleibt, dann ist die Adresse getrichen, weil sie nicht vom zuständigen Ortsverein der Expedition mitgeteilt war, wie mehrfach aufgefordert wurde.

Grüßmitleidliche Grüße. Lauterbach a. S. 5 Pf. ab 1. Januar; Altenburg 10 Pf.; Uetze 10 Pf. ab 1. April; Verbandsbureau.

Eingänge der Hauptkasse aus Beiträgen

Table with columns for location and amount. Includes entries like 'Poltha 50', 'Berlin 7034,19', 'Wiesbaden 498,08'.

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Tanzg. Das Bureau befindet sich jetzt im Gewerkschaftshaus, Kapfenfelder 20. Uetze. Vorf.: Mag Rabner, Gartenstr. 60.

Veranstaltungen

Am kommenden Sonntag im Monat, 4 Uhr Restaurant Stadthaus. Jeder Kollege ist verpflichtet, zu erscheinen.

Nachruf.

In der Zeit vom 1. August 1923 bis 16. März 1924 starben unsere Kollegen: Richard Guige, Hermann Götz, Anton Rogosch, Otto Buschhaus, August Richter, August Giesch, Karl Kemp, Hermann Horlich, Max Wahrenschon, Franz Himmelf, Paul Pohlmann, Gustav Hartmann, Anna Andrejewa, Adolf Reiter, Wilhelm Kersch, Oswald Rabid, Karl Richter, Anton Abrahamowitz, Robert Grodzki, Adolf Angl, Max Velsmann, Gust Richter, Karl Westhoff, Julius Baumbach, Wilhelm Stahn, Luise Soltermann, August Müller, Anton Montewski, Friedrich Lemke, Leo Walterst, Gust Friebe, Gustav Waack, Max Köstler, Julius Kistner, Karl Denschel.

Am 20. März verstarb unser Verbandsmitglied August Kaiten. Ihre tiefsten Annten!

Nach langen Leiden verstarb unser langjähriges Mitglied Josef Bud. Ihre tiefsten Annten!

Unsern treuen Verbandskollegen Oscar Berke und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit nachtraglich die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern alten und hochverehrten Junggeheilen Heinrich Dörten sowie seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Miksch zu seiner am 16. April stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Advertisement for BRAUER beer, featuring a logo and text: 'die auch die Mälzerei getrennt haben, zu selbständigem Betrieb... Brauerei Wilhelm Hummel, Darmstadt.'

Advertisement for 'Ideal-2-Schnallenholzschnur' shoes, featuring an image of a shoe and text: 'Ideal-2-Schnallenholzschnur... 7,50 Mk. bis 11 Mk.'

Advertisement for 'Spezial-Brauerholzschnur-Fabrik' featuring a logo and text: 'Spezial-Brauerholzschnur-Fabrik... Neues Modell mit Doppelschnur 8,50 Mk.'